

Dem Massaker folgten Wut, Proteste und Streiks

Im Anschluss an das Massaker in Ankara riefen die Gewerkschaften KESK und DISK, sowie die Berufsverbände TTBB und TMMOB, in der Türkei unter dem Motto: „Alltag stoppen“ zu einem zweitägigen Generalstreik in der kompletten Türkei auf. Folglich fanden in vielen Städten der Türkei Demonstrationen und Streiks statt.

Von Lehrern bis hin zum medizinischem Personal, aber auch Beamte und ein bedeutender Teil der Arbeiter aus der Metallindustrie folgten diesem Aufruf ihrer Gewerkschaften und traten nicht nur in den Generalstreik, sondern forderten Rechenschaft von den Verantwortlichen für dieses Massaker. Nach dem blutigsten Ereignis in der jüngsten Geschichte der Türkei, welches sich am 10. Oktober 2015 ereignete, waren der Schmerz und die Wut der Bevölkerung im gesamten Land zu spüren. Jedoch überwog nicht die Trauer. Die Reaktion der Bevölkerung

zeigte sich vor allem in Form von organisierten Protesten, in denen die klare Forderung ausgesprochen wurde, dass die Verantwortlichen für dieses Massaker zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Während auf der einen Seite die Verstorbenen mit Slogans und Tränen der Angehörigen auf ihrem letzten Weg begleitet wurden, folgten auf der anderen Seite durch den Aufruf von KESK, DISK, TTBB und TMMOB zum Generalstreik in nahezu allen Städten der Türkei Kundgebungen, Proteste und Mahnwachen.

Nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern auch die Arbeiter in den Betrieben brachten in den meisten Städten die Produktionsbänder zum Stehen. Vor allem in den Großstädten, wie Istanbul, Izmir und Ankara, waren die Arbeiter zu Zehntausenden auf den Straßen und protestierten, wie aus einem Mund, unter dem Motto: „Wir

trauern, wir rebellieren, wir werden nicht vergessen, wir werden nicht vergeben!“

Wo es Massaker gibt, kann es keinen Unterricht geben

Der Aufruf einiger Gewerkschaften und Berufskammern fand auch Anklang bei der Jugend. Über die gesamte Türkei hinweg, boykottierten Schüler, Studenten, Lehrer und Dozenten über zwei Tage den Unterricht, um ihrem Unmut über dieses Massaker Ausdruck zu verleihen.

Während der zwei Tage, in denen die Schüler nicht in den Unterricht gingen, organisierten sie Foren, bei denen sie gemeinsam über Diskussionen, Flashmobs und Transparente ihren Zorn zu dem geschehenen Massaker zum Ausdruck brachten.

An einigen Schulen und Universitäten konnte man auch sehen, wie symbolische Bäume für den Frieden gepflanzt wurden.

Die Chronologie des Massakers

Der Bombenanschlag vom 10. Oktober in Ankara war kein überraschendes Ereignis. Es ist die vorerst letzte Stufe der Gewalt, die durch die AKP Regierung über die Türkei losgetreten wurde. Hier eine Chronologie der politischen Ereignisse die zu dem Terroranschlag in Ankara führten:

- Die Friedensgespräche zwischen der PKK und der türkischen Regierung werden, trotz gegenseitigen Misstrauen und Kritik, bis zu den Parlamentswahlen am 7 Juni fortgeführt.

- Die Schlüsselfrage der Wahlen war, ob die AKP die alleinige Mehrheit im Parlament erlangen könnte. Diesem Ziel stand die HDP, mit ihren Forderungen nach Demokratie und Frieden gemeinsam mit ihren vielfältigen Unterstützern gegenüber. Damit die HDP an der 10 % - Hürde scheitern sollte, wurde eine Hetzkampagne seitens der AKP - Regierung gestartet, die in Angriffen auf mehr als 100 Parteibüros der HDP mündete. Die Parteibüros der HDP in Adana und Mersin wurden bei Bombenangriffen zerstört. Dabei kam glücklicherweise niemand ums Leben.

- Am 5. Juni verloren bei einem Bombenanschlag auf eine Wahlveranstaltung der HDP auf dem Bahnhofsvorplatz in Diyarbakir 4 Menschen ihr Leben.

- Allen Provokationen zum Trotz erlangte die HDP 13,1 % der Stimmen und zog mit 80 Abgeordneten als drittgrößte Fraktion ins Parlament ein. Die AKP verfehlte zum ersten Mal

nach 13 Jahren die absolute Mehrheit.

- Am 20. Juli ereignete sich ein Selbstmordattentat der IS in Suruc an der syrischen Grenze auf eine Gruppe von Jugendlichen, die sich aufgemacht hatten um humanitäre Hilfe in Kobane zu leisten. 34 Menschen starben bei diesem Anschlag.

- Zwei Tage nach dem Attentat in Suruc wurden zwei Polizisten in Sanliurfa ermordet.

- Nach der Ermordung der zwei Polizisten erklärte die AKP Regierung die Friedensgespräche mit der PKK für gescheitert und ordnete militärische Operationen in allen kurdischen Provinzen an. Stellungen der PKK im Irak wurden über mehrere Tage mit Kampfflugzeugen bombardiert.

- In den kurdischen Provinzen nahmen die gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen täglich Soldaten und Guerilla ihr Leben verloren, zu. In den kurdischen Siedlungsgebieten rief die Regierung den Kriegszustand aus. Tagelange Ausgangssperren und die Verhaftung gewählter Bürgermeister wurden zur Regel.

- In den 82 Tagen zwischen dem 20. Juli und dem 10. Oktober kamen laut offiziellen Erklärungen 80 Soldaten, 62 Polizisten, 3 Sicherheitskräfte und 341 PKK Mitglieder um Leben. In der gleichen Zeit verloren 113 Zivilisten, 20 davon Säuglinge und Kinder, in der Region ihr Leben.

- In den westlichen Provinzen der Türkei begann eine nationalistische Hetzjagd gegen die HDP und Kurden. Parteibüros der HDP und Geschäfte und Häuser von Kurden wurden angegriffen und angezündet. Ein Mensch wurde auf offener Straße zu Tode geprügelt weil er kurdisch sprach.

- Die PKK erklärte am 8. Oktober aufgrund der Wahlkampfphase, dass sie sich auf einen Waffenstillstand vorbereite. Nach dem Bombenanschlag am 10. Oktober wolle die PKK auf Waffengewalt verzichten, solange sie nicht angegriffen werden.

- Seit dem die Angriffe in den kurdischen Provinzen am 22. Juli begonnen haben, erstarkte die Friedensbewegung in der gesamten Türkei. Gewerkschaften, Berufsverbände, Intellektuelle und Künstler, Schüler und Studenten forderten in immer größer werdenden Protesten ein Ende der Kriegspolitik der AKP Regierung.

- Am 10. Oktober wurde nach Aufruf von Gewerkschaften und Berufsverbänden in der türkischen Hauptstadt eine Kundgebung veranstaltet, in der zehntausende Menschen das Ende der Waffengewalt, Brüderlichkeit und Frieden forderten. Zwei Selbstmordattentäter, die der IS zugeschrieben werden verübten den blutigsten Bombenanschlag der türkischen Geschichte.

TÜRKEI [aktuell]

ANALYSEN ■ HINTERGRUNDINFORMATIONEN ■ NEWS www.tuerkeiaktuell.wordpress.com OKTOBER 2015

Die Hauptstadt Ankara wurde am 10. Oktober zum Schauplatz des größten Massakers in der Geschichte der Türkei. Bei dem Bombenanschlag auf eine Kundgebung unter dem Motto „Die Waffen sollen schweigen, wir möchten Frieden und Brüderlichkeit“, zu der zahlreiche Gewerkschaften und Berufsverbände aufgerufen hatten, verloren nach offiziellen Zahlen 98 Menschen ihr Leben und Hunderte wurden verletzt, davon 58 schwer. Menschenrechtsorganisationen und die Ärztevereinigung sprechen davon, dass die Zahl der Toten noch höher ist.

Die Regierung erklärte vier Tage nach den Ereignissen, dass die Verantwortlichen für den Anschlag zwei Selbstmordattentäter des Islamischen Staates (IS) seien. Jedoch wurden bei den landesweiten Protesten die AKP-Regierung und der Staatspräsident Erdogan als die politischen Verantwortlichen des Angriffs genannt. Es wurde die Kritik laut, dass die Politik des Krieges und der Gewalt der AKP und Erdogan dieses Massaker hervorgebracht haben. Dass die Regierung, aufgrund ihrer kriegstreiberischen Politik in Syrien, den IS und andere radikal-islamische Organisationen



unterstützt und das Land nach den Regeln des Krieges regiert, indem sie den Lösungs- und Dialogprozess in der Kurdenfrage eingefroren und erneut den Krieg begonnen hat.

Die bei dem Anschlag Gefallenen wurden mit Zeremonien in verschiedenen Städten des Landes unter Beteiligung zehntausender Menschen beigesetzt. Dabei fällt es auf, dass die Polizei gewaltsam Demonstrationen angreift, bei denen die Menschen den Anschlag verurteilen und ihre Forderungen nach Frieden erneut stellen wollten.

Nach dem Massaker ist das gesamte Land in Trauer und Wut. Zahlreiche Ge-

werkschaften und Berufsverbände, Schülerorganisation und politische Organisation, die für Frieden und Demokratie kämpfen, forderten umgehend in Form von Kundgebungen und Demonstrationen den Rücktritt der Regierung und die Aufdeckung der Verantwortlichen.

Die vorgezogenen Wahlen am 1. November zeigen, dass der sich Kampf zwischen Krieg und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur in den kommenden Tagen noch weiter verschärfen wird.

Kämpfen gegen den Krieg und die Kriegspolitik!

Nach dem größten Terrorakt der Geschichte der Türkei traten der Justiz-, Innen- und Gesundheitsminister grinsend vor die Kameras mit den Aussagen „Wir haben die nötigen Vorkehrungen getroffen“ oder „Alles läuft wieder normal“. Sie wollen die Menschen glauben lassen, dass das Massaker trotz aller Sicherheitsvorkehrungen verübt worden sei. Dabei konnten die verantwortlichen Behörden auch mehrere Stunden nach dem Anschlag keine genauen Angaben über die Opferzahl, die Verletzten und über die Vermissten machen.

Mit seiner Aussage „Dies ist keine AKP-Regierung“ versucht Ministerpräsident Davutoglu die Kriegspolitik der AKP zu vertuschen. Davutoglu ging noch weiter und be-

schuldigte die Opfer des Anschlags, die HPD und Demirtas.

Auf der anderen Seite gehorcht die Polizei der Regierung und zerschlägt Massenproteste gegen Erdogan und die AKP und geht mit aller Gewalt gegen Trauermärsche und Beisetzungen vor. Die Regierungstruppen haben ihre Angriffe gegen die PKK, die am Samstag erneut (wieder einseitig) bekräftigte, bis zum Ende der Wahlen die Waffen ruhen zu lassen, verstärkt. In den zentralen Landkreisen Diyarbakirs, Sur und Yenisehir, wurden durch die Regierungstruppen erneut Ausgangssperren verhängt, um erneut Konflikte zu provozieren.

(Fort. S. 2)